

Covid-Infektionen steigen weiter rapide. Spitaldirektor schlägt Alarm

Triage steht kurz bevor

UPDATE Auch in Schaffhausen ist die Lage brenzlich. Die Covid-Infektionszahlen steigen rapide und die Intensivstation des Kantonsspitals kommt an ihre Grenzen. Der 7-Tage-Schnitt liegt derzeit bei 97 Fällen pro Tag, so viel wie noch nie während der Pandemie. Von den 19 Covid-Patientinnen im Spital werden deren vier auf der Intensivstation beatmet.

Die Situation ist so ernst, dass der medizinische Direktor des Kantonsspitals, Markus Eberhard, in einem Interview mit *SRF* und den *Schaffhauser Nachrichten* Alarm schlägt: Das Pflegepersonal sei am Anschlag, und womöglich komme es zu einer Triage-Situation, denn zusätzliche Kapazitäten können aufgrund des Personalmangels nicht geschaffen werden. Rund neunzig Prozent der Patientinnen auf der Intensivstation seien nicht geimpft. Eberhard ruft zu einer Impfpflicht auf und empfiehlt



Drei Tage geschlossen: Schulhaus Zündelgut.

Peter Pfister

2G, mehr repetitive Tests und eine FFP2-Maskenpflicht.

Dass repetitive Tests nützen, zeigen die Fälle der Schulhäuser Breite und Zündelgut. Bis am

Mittwoch waren beide für drei Tage geschlossen, aufgrund gehäufte Ansteckungen und positiver Pooltests in der vergangenen Woche. Am Montag nahmen

Schülerinnen und Lehrerinnen beider Schulhäuser an PCR-Einzeltests teil. Am Mittwoch gab Stadtschulrat Christian Ulmer bekannt, dass 4,4 Prozent, also 23 von 530 getesteten Personen, positiv testeten. Das entspricht in etwa einer von 20 Personen. Ab Donnerstag, 9. Dezember, findet wieder regulärer Unterricht statt.

Ansteckungsort Schule: Auch laut dem Covid-Dashboard des Kantons wird das Klassenzimmer inzwischen häufiger als Ansteckungsort identifiziert. Bei der Altersverteilung der Ansteckungen bilden Schülerinnen die Spitze. In der letzten Woche waren die meisten der Infizierten der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen zuzurechnen, dicht gefolgt von der Altersgruppe der 0- bis 9-Jährigen.

Auch vom Bund gibt es Neuigkeiten: Tests für ein Covid-Zertifikat sollen zukünftig wieder gratis sein. **dl.**

— POLITIK

«Corona-Initiative» kommt mit zwei Nein-Parolen vors Stimmvolk

Kantonsrat will keine Solidaritätssteuer

CORONA-INITIATIVE Keinen Zentimeter abweichen. So lautete die Devise des bürgerlichen Flügels im Kantonsrat, als dieser am Montag die Parole für die «Corona-Initiative» fasste.

Dabei würde die Vorlage – so argumentieren die Initiantinnen AL, SP, Grüne und Junge Grüne – nicht viel verlangen: Sie will Vermögen von über zwei Millionen Franken während fünf Jahren mit zusätzlichen 0,3 Promille besteuern. Das ergebe Kleinstbeträge, welche jene, die zahlen müssten, gar nicht bemerken würden, kommentierte Marianne Wildberger (AL) am Montag. Von der

Initiative betroffen wären im Kanton Schaffhausen rund 1100 Personen – etwa zwei Prozent aller Steuerpflichtigen (siehe auch AZ vom 17. Juni 2021).

Schon der Regierungsrat wollte von der solidarischen Steuer, welche mittelfristig die Auswirkungen der Pandemie abfedern sollte, nichts wissen. Er empfahl dem Kantonsrat die Ablehnung der Initiative. Die Mehrheit des Kantonsrats folgte seinem Weg: Das Nein-Votum ist mit 37 zu 20 Stimmen beschlossen.

Seitens der Linken war der Fall klar: Die Initiative komme genau zum richtigen Zeitpunkt.

«Die Reichsten sind in der Pandemie markant reicher geworden, die Armen ärmer. Der Mittelstand stagnierte – bestenfalls», argumentierte Matthias Freivogel (SP). Die steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe sprächen für sich (AZ vom 2. Dezember 2021). Für Iren Eichenberger (Grüne) war daher klar: «Es braucht eine finanzielle Boosterimpfung für die, die am meisten gefährdet sind.»

Die Bürgerlichen dagegen fanden: Der Kanton schwimme bereits im Geld und konnte die bisherigen Ausgaben wegen der Corona-Krise decken, ohne die

Reserven anzutasten (Wortlaut Christian Heydecker, FDP). Zum Verhängnis wurde dem linken Anliegen aber noch etwas anderes: Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter betonte das Verbot der Zweckbindung von Steuern, heisst: Bei Annahme der Initiative würde das Geld in die allgemeine Staatskasse fliessen. Eine Garantie, dass es tatsächlich jenen zugute kommt, für die es gedacht wäre – beispielsweise Hilfswerke –, gebe es daher sowieso nicht.

Vor die Stimmbevölkerung kommt die Initiative aber so oder so. Nur wann genau in 2022, ist noch nicht klar. **sam.**